



19.3574

**Postulat Marti Min Li.  
Offensive für  
einen digitalen Service public****Postulat Marti Min Li.  
Offensive pour  
un service public numérique**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.20

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): Le postulat est combattu par M. Jauslin.

**Marti Min Li** (S, ZH): Nun mag es nicht besonders originell sein, und Sie haben das wahrscheinlich schon ein paarmal gehört, wenn man Corona hier als Begründung für einen Vorstoss vorbringt. In diesem Fall scheint es mir aber wirklich zu passen, denn wir haben in diesen Corona-Zeiten gesehen, wie wichtig die Digitalisierung ist und auch wie wichtig es sein sollte, dass die digitale Infrastruktur und die digitalen Prozesse der öffentlichen Hand funktionieren. Wir haben auch gesehen, dass es sowohl sehr schlechte Beispiele gab, wie die berühmte Übermittlung von Formularen per Fax, als auch sehr gute, wie die sehr schnelle Realisierung der Corona-App. Ich glaube, man hat sehr viel darüber geredet, dass es in der Wirtschaft diesen Digitalisierungsschub gibt und es ihn braucht. Ich denke, es braucht ihn gerade auch beim Bund und bei den öffentlichen Dienstleistungen. Das Ziel wäre, dass dadurch Dienstleistungen einfacher, schneller, unbürokratischer und bürgernäher werden und dass man damit die Dienstleistungen sowohl für Privatpersonen wie auch für Unternehmen verbessern könnte.

Wenn wir über den Service public sprechen, dann reden wir häufig über Schienen, Strassen, Leitungen, Eisen und Beton. Das ist einfach noch ein bisschen im 19. Jahrhundert verankert. Wir sollten dieses 19. Jahrhundert verlassen und uns ins 21. Jahrhundert begeben. Bei allem Gemotze über die SBB, Post usw. muss man sagen, dass wir eigentlich einen sehr gut funktionierenden öffentlichen Dienst haben. Ich denke, das wäre auch möglich, wenn es um digitale Dienstleistungen geht. Es gibt viele Delegationen, die nach Estland gefahren sind, um sich dort anzuschauen, wie gut das funktioniert. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass dereinst aus verschiedenen Ländern Delegationen in die Schweiz kommen, um sich anzuschauen, wie gut es bei uns funktioniert.

Der Bundesrat ist auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen, und wird es in seiner Strategie Digitale Schweiz auch anschauen. Ich bitte Sie daher, dieses Postulat zu unterstützen.

**Jauslin** Matthias Samuel (RL, AG): Ich bekämpfe diesen Vorstoss. Zwar ist die Forderung nach Antworten darauf, wie der Bundesrat in Zukunft mit der Digitalisierung umgehen soll, per se richtig. Doch dieser Vorstoss bringt keinen Mehrwert für die Stärkung der digitalen Dienstleistung, keinen Mehrwert für die bürgernahe Verwaltung, keinen Mehrwert zur Vermeidung von Medienbrüchen innerhalb der Verwaltung, keinen Mehrwert für zusätzliche Ausbauten von Übertragungsnetzen und -infrastrukturen. Das haben wir übrigens heute Morgen ja gemacht: Dort haben wir Mehrwert geschaffen.

All diese Themen sind nämlich bereits heute in umfassenden Strategiepapieren vorhanden. Der Bundesrat hat am 5. September 2018 seine Strategie Digitale Schweiz verabschiedet; auf der BAKOM-Seite können Sie das nachlesen. Die Grundsätze und die Ziele sind aufgelistet, zudem wird jährlich über die Zielerreichung berichtet. Vor diesem Hintergrund gibt die Strategie Digitale Schweiz schon heute einen roten Faden für das staatliche Handeln vor und zeigt auf, wo und wie Behörden, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenarbeiten müssen, damit wir diesen Transformationsprozess gemeinsam zum Nutzen unserer Gemeinwesen gestalten können.

Nun verlangt die Postulantin, dass der Bundesrat auch für die Förderung von Datengenossenschaften oder



Investitionen in solche Plattformen aktiv werden soll. Die Postulantin geht davon aus, dass dies zum Service public gehören müsste. Es ist bekannt, dass Daten heute schon einen hohen Wert haben und sich daraus Geschäftsmodelle ableiten lassen. Daten sind tatsächlich ein wichtiger Bestandteil, um in Zukunft Wertschöpfung zu erzielen. Findige Unternehmen und bestehende Datengenossenschaften sind mehr oder weniger erfolgreich unterwegs. Mit unternehmerischem Risiko kann in der virtuellen Datenwelt offenbar Geld verdient werden. Die Frage stellt sich: Ist das nun die Sache des Staates, solche Geschäftsmodelle zu fördern oder sogar in sozialistische Bahnen zu lenken? Dass dabei kleine und mittlere Unternehmen von globalen Plattformen abhängig sind, ist der rasanten Entwicklung der Digitalisierung geschuldet und kann kaum über ein Strategiepapier gelöst werden.

Es stellt sich tatsächlich die Frage: Wem gehören die Daten? Aus meiner Sicht nicht dem Staat. Daher braucht es keinen weiteren Papiertiger, der vom Bundesrat verlangt, einen Service public in der Datenverfügbarkeit aufzulegen.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, dieses Postulat abzulehnen.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Sie haben heute kurz vor dem Mittagessen einen Entscheid gefällt, dass Sie nämlich das Breitband-Internet massiv ausweiten wollen, und zwar als Grundversorgung. Das heisst, Sie wollen in allen Gebieten der Schweiz die gleichen Angebote für Breitband-Internet haben. Sie haben sich damit für eine unter Umständen massive Ausweitung der Grundversorgung ausgesprochen. Ich habe Ihnen gesagt, das koste dann noch etwas, aber gleichzeitig, denke ich, ist halt im digitalen Bereich wahrscheinlich in Zukunft schon die Überlegung zu machen: Was braucht die Bevölkerung, und zwar die ganze Bevölkerung, in allen Teilen unseres Landes, in Zukunft im Rahmen der Digitalisierung als Grundversorgung? Da haben Sie einen Entscheid gefällt.

Das Postulat, das von Frau Marti eingereicht wurde, geht eigentlich genau in die Richtung, dass man sich in einem Zeitalter, wo eben Dienstleistungen, die früher physisch erbracht worden sind, jetzt auch digital erbracht werden können, überlegt: Was ist jetzt in diesem Rahmen, in diesem Zeitalter die Grundversorgung, die wir sicherstellen wollen, für alle Gebiete, für alle Regionen, für alle Menschen in diesem Land? Ich denke, es wäre gar nicht schlecht, wenn wir uns das überlegen, anstatt dass Sie einfach punktuell hier entscheiden, dort entscheiden und dann am Schluss nicht genau wissen, was Sie eigentlich insgesamt wollen. Aber vielleicht würden Sie dann auch einmal überlegen, was Sie nicht mehr wollen oder was es nicht mehr braucht.

Ich denke, das ist eine ganz wichtige Diskussion, denn die Grundversorgung, und da kann ich der Postulantin auch zustimmen, es hat sich in der Corona-Krise gezeigt, ist für die Bevölkerung absolut zentral. Das sind Dienstleistungen, die auch mitten in einer Krise immer noch funktionieren. Vielleicht ist es in Zukunft tatsächlich so, dass es eben nicht nur Stahl und Beton ist, sondern dass wir auch im Bereich der Digitalisierung eine gewisse Grundversorgung brauchen, Dienstleistungen, die für alle Menschen da sein müssen. Diese Überlegung zu machen und das dann mit Ihnen gemeinsam zu diskutieren, das ist der Inhalt dieses Postulates.

Es ist richtig, im Rahmen der Strategie Digitale Schweiz macht man sich auch solche Gedanken, und ich würde Ihnen auch in Aussicht stellen: Wenn Sie das Postulat annehmen, machen wir das im Rahmen dieser Strategie und nicht mit einer neuen. Aber ich glaube, die Frage, was im Zeitalter der Digitalisierung die Grundversorgung für die Bevölkerung, für den Zusammenhalt in unserem Land bedeutet, diese Überlegungen sind wichtig und wertvoll.

Deshalb ist der Bundesrat bereit, das Postulat anzunehmen.

AB 2020 N 1394 / BO 2020 N 1394

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): Le Conseil fédéral propose d'accepter le postulat.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.3574/21029)

Für Annahme des Postulates ... 103 Stimmen

Dagegen ... 72 Stimmen

(6 Enthaltungen)